

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 55. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Belegexemplare: Die Abonnenten des Tagesblattes erhalten aber auch ein Exemplar des Anzeigers für das Erzgebirge gratis. Die Anzeiger für das Erzgebirge sind in den Hauptstädten der Provinzen zu beziehen. Die Anzeiger für das Erzgebirge sind in den Hauptstädten der Provinzen zu beziehen. Die Anzeiger für das Erzgebirge sind in den Hauptstädten der Provinzen zu beziehen.

Nr. 302

Montag, den 30. Dezember 1918

13. Jahrgang

Riesenkundgebungen für die gegenwärtige Regierung in Berlin

Eine Niederlage der Spartakusleute.

Kirche und Staat.

„Kein Volk ist nicht von dieser Welt.“ Dieser Satz sollte von jeder über allen Konfessionen und kirchlichen Verwaltungsbehörden dringen. Wie unglücklich für die Menschheit war der Streit darüber, ob der Staat den Diensten der Kirche oder die Kirche die Diensten des Staates zu sein habe. Jahrhunderte hat er gewüthet. Der Staat ist allmählich Sieger geworden, aber noch immer flackert der falsche Ehrgeiz im kirchlichen Lager auf.

Und jetzt, wo die Revolution den alten „Landeskirchen“ Staat gerschmettert hat, und den adönten Staat anfrachten will, jetzt flammert der Streit wieder auf, — geboren von der Sorge der Selbstlichkeit, die neue Weltanschauung für sie keinen Raum und keine Mittel mehr übrig haben. Da die Kirche der Kirche Menschen sind, so ist diese Sorge begreiflich, aber was uns misfällt, ist, daß sie allzusehr mit „religiösen“, stiltischen und politischen Schlagworten ausgeputzt ist, daß die Drohreden unter dem Beschmel verborgen wird, der Staube solle ausgerotet, die Kirchen sollen geschändet, die Religion solle zum Wespaß gemacht werden.

Werkwürdige Glaubenshelden, welche so sprechen können: Menschenhände vermütheten göttliche Sägung zu schädigen? Quasquidam? Nein, die besten Gottesstreiter gestehen offen, und die Geschichte hat es immer bewiesen, daß die Kirche auf sich selbst gekelkt, auf den Kreis ihrer geistlichen Pflichten beschränkt, erkrankt und gesunden, daß die Kirche, die allzusehr mit dem Staate verknüpft ist, erkrankt, verbort und an Stelle gläubiger Gemeinden — Pharisäer großmächtigt.

Wichtig, stiltlich kann die Kirche nur Vorteile aus der Anerkennung ziehen. Die Staatsbehörden, die Dogmenstarre muß weichen, die alte, längst erkrankte Volkskirche muß auch hier an Stelle der „Übrigbleibenden“, mit Hebergerichten und Ähnlichem, treten. Vor allem aber muß die Gemeinde gesunden durch Abstoßung aller Scheinchristen, die bisher ihrer Karriere wegen noch der Kirche angehörten. Freilich, wenn es nach den II. A. geht, dann verendet die Kirche so sehr, daß eine heilliche Arbeit unmöglich ist. Nein, wir deutsche Demokraten wissen die erbtliche, die kulturrelle Bedeutung unserer Kirche wohl zu schätzen. Der ewige Gehalt der christlichen Lehre ist uns allen ein Gegenstand der Verehrung. Wir fordern, daß der neue Staat es der Kirche möglich macht, auf selbstgeordnetem Boden weiterzuarbeiten wie bisher, und auch dem Denar der Kirche zu geben, was der alte Staat ihm zugesichert hat. — Die Kirche ist durch uns nicht gefährdet. Aber wir verlangen, daß die geistlichen Herren sich auf ihr geistliches Amt besser bestimmen und die Religion nicht in die Politik hineingezogen mögen! Das alte ist tot und begraben. — Heißt das Neus bauen. Hat doch selbst Wilhelm II. gesagt, daß politisierende Pastoren von Nebenamt! Den Religionsamt erricht wösten wir nicht aus der Schule verbannen, aber wir fordern an Stelle der geistlichen die staatlische Schulaufsicht allein. Die Kirche soll sich nicht in Staatsgeschäfte, in Paraweltmischen — aber der Staat auch nicht mehr in religiöse Einzelfragen. Eine freie Kirche im freien Staat! Das wollen wir.

Sorgt dafür, daß das Bürgerthum geschloffen vor Wahl schreitet, statt daß ihr es durch Verwundung spaltet! Im neuen Haus des Deutschen Volkes wird auch eine Kapelle sein zu stiller Anacht. Ihr aber, geistliche Herren, besinnt Euch auf euer Amt. — Man kann nicht zwei Herren zugleich anen!

Die Lösung der Regierungskrise

Die Unabhängigen aus der Regierung getreten.

Wie wir gestern bereits durch Extrablatt mittheilten, ist, nachdem der Zentralrat der U. und S. Parte sich am Sonnabend den ganzen Tag hindurch mit der Krise beschäftigt hatte, diese in der Weise gelöst worden, daß die Unabhängigen aus der Regierung ausgeschieden sind. Der Zentralrat hat auf eine Frage der Unabhängigen erklärt, daß Oberst, Landsberg und Scheidemann dem Kriegeminister lediglich den Auftrag erteilt hätten, das Nötige zur Befreiung des Stadtmantanten Weis zu veranstalten. Auch dies sei erst geschehen, nachdem den drei Regierungsmitgliedern von dem Führer der Volksmaximilianen telephonisch mitgeteilt worden sei,

daß er für das Leben von Weis nicht mehr garantieren könne. Der Zentralrat erklärte ausdrücklich, daß er dies bilige. Trotz dieser Entlastung durch die höchste Instanz haben die Unabhängigen eine Verhinderung der Regierungsmitglieder Oberst, Landsberg und Scheidemann konstatirt und damit ihren Austritt begründet. Unter dem nächsten Vorwande, eine Verantwortung überhoben zu sein, haben die Unabhängigen auf folgende Fragen des Zentralrates die Antwort verweigert: Sind die Volksbeauftragten bereit, die öffentliche Ruhe und Sicherheit, insbesondere auch das private und öffentliche Eigentum, gegen gewaltsame Eingriffe zu schützen? Sind sie mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auch bereit, ihre eigene Arbeitstätigkeit und die ihrer Organe gegen Gewaltthatigkeiten, ganz gleich von welcher Seite sie erfolgen sollten, zu gewährleisten? Die Regierung liegt nun allein in den Händen der sozialdemokratischen Partei. Sie wird zu den drei bisherigen Mitgliedern noch weitere delegieren, wobei auch dem Sächsischen Reichstags die Vertretung gesichert werden soll. Berlin, 29. 12.

Der Zentralrat hat in gemeinsamer Sitzung mit der Regierung die Herren Kossel, Löss und Wiffel an Stelle der ausgeschiedenen Unabhängigen bestimmt. Kossel war seit dem Ausbruch der Revolution Gouverneur in Kiel. Löss ist Redakteur der „Krausener Volksmacht“ und gewest in Schlesien allgemein vertraut. Wiffel ist ein hervorragender Sozialpolitiker, der zuletzt den Wahlkreis Niederbarnim den Unabhängigen in übermüthiger Mehrheit erzielte. Der Austritt der Unabhängigen vollzog sich am Sonntag morgens um 1 Uhr mit der Verlesung ihrer Erklärung durch Wittmann. Nach ihm ergriff Haale nochmals das Wort und führte aus, es möchte dem aufrichtigen Wunsch Ausdruck geben, daß nach dem Ausscheiden der Unabhängigen die Regierung in der Lage sein werde, die Regierungsgeschäfte wirksam zu führen, um eine kraftvolle, nach außen und innen völlig gesicherte Regierung darzustellen. Daraufhin verließen die drei Unabhängigen die Sitzung.

Ein Aufruf der deutschen Regierung.

„An das deutsche Volk wendet sich die Reichsregierung mit einem Aufruf. Es heißt darin: Die Regierungskrise hat die Lösung gefunden, die das deutsche Volk erwartet hat. Die Unabhängigen sind ausgeschieden. Die Reichsregierung wird aus den Reihen der Mehrheitssozialisten ergänzt und, von inneren Hemmnissen frei, an die Lösung ihrer großen Aufgaben gehen, die Wahlen zur Nationalversammlung und den Frieden vorzubereiten und die wachsende Wahrung der freiheitlichen Ordnung sicherzustellen. Die Vertreter der Unabhängigen sind ausgeschieden, weil der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik gegen sie entschieden hat. Auf die Frage des Zentralrates, ob die Volksbeauftragten bereit seien, die öffentliche Ruhe und Sicherheit, insbesondere auch das private und öffentliche Eigentum, gegen gewaltsame Eingriffe zu schützen und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ihre eigene Arbeitstätigkeit und die ihrer Organe gegen Gewaltthatigkeiten, ganz gleich von welcher Seite, zu gewährleisten, auf diese Frage haben die Unabhängigen geantwortet: Nein. Vor der Verantwortung der Lebensfrage des deutschen Volkes haben sie sich gedrückt. Damit haben sie bewiesen, daß sie die erste Pflicht jeder Regierung nicht erfüllen wollen: die Sicherheit innerhalb des Staates zu gewährleisten. Indem die Unabhängigen die Mittel zur staatlischen Sicherung ablehnen, haben sie sich als regierungsunfähig erwiesen. Für uns ist die Revolution keine Partisanerei, sondern das kostbarste Gut des ganzen schaffenden Volkes. Wir übernehmen ihre Aufgaben als Vollbeauftragte des Volkes mit dem Schwur: Alles für die Revolution, alles durch die Revolution, aber auch mit der festensten Überzeugung, jedem Unerbittlichen entgegenzusetzen, der aus der Revolution des Volkes den Terror einer Minderheit machen will. Hunderttausende demonstrieren heute für die neue Regierung, um den Irreführern der Straße zu beweisen, wo die Mehrheit steht. Auf ihrer Solidarität beruht unser Auftrag und unser Amt. Die Massen sind unsere Rechtfertigung. Ihre Hilfe gibt uns die Kraft zur Lösungsaufgabe.“

Sonntagskundgebungen in Berlin.

Der letzte Sonntag des Jahres wurde zu einem Demonstrationstag, wie ihn Berlin noch nie gesehen hat. Die Mehrheitssozialisten hatten zu einer Massenkundgebung gegen die Gewaltthatigkeiten der Spartakusleute aufgerufen. Diesem Rufe waren Hunderttausende gefolgt. In einer Reihe von großen Versammlungen, die teils in Sälen, teils im Freien stattfanden, wurde gegen den Terrorismus Stellung genommen. Dann zogen die Teilnehmer nach dem Stadthaus. Von den demokratischen Parteien waren ebenfalls große Kundgebungen veranstaltet worden, die gleichfalls Schutz gegen den Spartakus und den Terror der Minderheit sowie eine demokratische Republik forderten. Der Bund der Beamten der sozialistischen Staatsanstalten, Reichs-Rath, und andere

große Fach- und Berufsvereine hielten gleichfalls Versammlungen ab, die den nämlichen Zweck verfolgten. Zu gleicher Zeit beteiligten sich die Anhänger der unabhängigen sozialdemokratischen Partei zusammen mit der Volksmaximilianen an dem Begrüßnis der Maxtrassen, die bei den Kämpfen am Schloß und Marzial gefallen waren.

Die Unruhe im Berliner Besatzungsgebiet.

Der „Vorwärts“ meldet: Um der Unruhe im Besatzungsgebiet innerhalb der Groß-Berliner Garnison ein Ende zu machen, welche sich bei dem letzten Matrosenputsch und bei dem Sturm auf den „Vorwärts“ so deutlich erwiesen hat, beschlossen die Delegierten sämtlicher Berliner Truppenteile, daß bis zur endgültigen Regelung der Besatzungsverhältnisse die Berliner Garnison die Kommandantur als die einzige Befehlshaber innerhalb der Garnison anerkennt.

Eine neue Meinung.

Die Oberste Heeresleitung hat an Oberst ein Telegramm geschickt, daß es von der deutschen Reichsregierung auf das strengste verboten ist, Waffen und Heeresmaterial den Bolschewiken zu überlassen. Kommandanten, Soldatenräte und Truppen, die diesem Verbot nicht nachkommen, sind nicht nur für die Verletzung deutscher Worte persönlich verantwortlich, sie haften auch für die politischen Folgen der durch dieses Verstoßen herbeigeführten Verstärkung des Waffenkrisenabkommens mit der Entente. Die Wiederaufnahme des Krieges kann die Folge sein.

Streikunruhen in Oberschlesien

Kaufgräben des Streiks.

Der Streik in Oberschlesien hat weiter am 30. ge-griffen. Von insgesamt 88 Steinlohlengruben streikten am Sonnabend bereits zwölf. Daß der Streik nicht organisiert ist, beweist der Umstand, daß über die Forderungen unter den Arbeitern vollkommene Unklarheit herrschte. Auf der Dubensko-Grube wurde beispielsweise außer dem Weihnachtsgeschenk von 800 Mark die sofortige Beschaffung von Lebensmitteln zu Friedenspreisen und die unbefristete Entlassung verschiedener Beamten gefordert. Auf der Donnerstags-Gruben-grube wurde außer dem Weihnachtsgeschenk von den gekammerten Soldaten die sofortige Anschaffung einer Kleider-überbedingung von 250 Mark verlangt. In Widna versuchte die aufgebehte Menge die Grubenwachen zu überwinden, so daß eine Kompanie herbeigerufen werden mußte. Es kam zu einer Schießerei, durch die schließlich die Unabhängigen vertrieben wurden. Bergarbeiter stürmten das Verwaltungsgelände der staltischen Berginspektion in Hieschowitz und mißhandelten den verantwortlichen Direktor, Oberberg-rath Schlicht auf's Schwerste, als die Forderungen der Arbeiter nicht sofort erfüllt wurden. Sonntag nachmittags sollte auf dem Wilhelmplatz in Katowitz vor den Gebäuden des Oberschlesischen und hüttenmännischen Vereins eine Spartakus-Versammlung stattfinden. Im Anschluß hieran wurden Ausschreitungen beabsichtigt.

Gegen die schlesische Republik.

Die Reichsregierung und die preußische Regierung sind sich darin einig, daß den Bestrebungen auf Bildung einer selbständigen Republik, die sich in Schlesien bemerkbar machen, mit aller Macht entgegen-gerichtet werden müsse. Am Montag findet in Breslau eine Konferenz statt, die sich mit dieser Frage beschäftigen wird und zu der Vertreter der verschiedenen preußischen Ressorts und ein Mitglied des politischen Reichskabinetts entsandt werden.

Die Verhandlungen in Posen.

Vom obersten polnischen Wehrchef wird mitgeteilt, daß sich nach den Ruheforderungen in Posen eine Vertretung der englischen Mission, bestehend aus dem Kommandanten Hollings und polnischen Vertretern, zum Generalkommando begab, um gegen die Ausschreitungen zu protestieren. Der Kommandierende General erklärte, daß er gegenüber den Soldaten machlos sei. Auf weitere Bemerkungen über das Herunterreißen der Fahnen der Entente erklärte General Schimmelshagen, daß Posen deutsch-preussisch sei und es feindliche Fahnen nicht dulden würde. Auf diese Antwort des Generalmajors verließen die englischen und polnischen Vertreter unter Vorwand der Verhandlungen das Generalkommando. Ein Bericht an die Militärenten ist bereits abgegangen.

...bung.
...Recht
...a.)
...in der Not
...gegen äußere
...er, deutscher
...und Ordnung
...igste Herbei-
...alitionsrecht
...Bildung des
...Echaltung
...men für die
...es gesamten
...gewinne —
...tische Art
...ung.
...ung
...tales
...8 Uhr
...der
...t empfangen.
...uerhammer.
...atene Lange.
...Berlin.
...schied.
...nden-Berlin.
...er.
...ohnung
...1. April
...zu mieten
...ant. W. 2. 5942
...nachl. erbeten.
...ung,
...ner, Küche
...lehrer.
...für 1. April
...berl. Oberpost
...gesucht.
...berl. 3. 21.
...immer
...ht.
...an das
...W. 2. 5942
...nat. Meyer
...in- oder
...wohnung.
...Wittgenstein.
...gernd uni-
...tan I. Erg.
...immer
...zimmer
...an. gesucht.
...iang. unt.
...häftig. B. 61.